

# iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No 471

Mittwoch, 27. Oktober 2010

17. Jahrgang

## **ACUS: eine Perspektive ländlicher Entwicklung in Guatemala**

*Ende Mai 2010 traf sich ¡Fijáte! mit Abelardo Roldan Marroquín, dem nationalen Koordinator der BäuerInnenallianz der Zivilgesellschaft (ACUS) in Guatemala Stadt. Im Interview gab er uns Auskunft über die Gründungsgeschichte von ACUS, die Projekte und Ziele bezüglich der ländlichen Entwicklung und wie ACUS diese mit progressiven und friedlichen Mitteln zu erreichen und damit die Lebenssituation in den Gemeinden zu verbessern gedenkt.*

### **Wie kam es zu der Gründung von ACUS?**

Zuerst einmal möchte ich Sie begrüßen. Mein Name ist Abelardo Roldan, und ich wurde vier Monate, nachdem ACUS entstand, von der Hauptversammlung zum nationalen Koordinator ernannt. Wie kam es dazu? Anfänglich war ich regionaler Koordinator bei der LandarbeiterInnenvereinigung CUC. Aber als ich dort arbeitete, wurde mir klar, dass ich nicht die gleichen Interessen vertrete vor allem bezüglich des Märtyrertums. Ich bin der Meinung, dass man nicht die Ermordung von BäuerInnen hinnehmen darf, nur um dadurch zu verdeutlichen, dass die Regierung uns angreift bzw. nicht schützt und damit die Bewegung am Leben zu erhalten. Ich selbst wurde Opfer einer kurzzeitigen Entführung. Aufgrund dieser Differenzen trat ich aus der CUC aus. Allerdings hatte ich Kontakte zu vielen Gemeinden in verschiedenen Teilen des Landes geknüpft und diese fragten dann bei der Vollversammlung der CUC nach meinem Verbleib. Da sie meine Ideen teilten, nicht nur zu „kämpfen“, sondern den Dialog zu nutzen, suchten mich mehrere AnführerInnen auf. Viele von den Gemeinden kämpfen schon seit 40 Jahren um ihr Land, und dies hat nur Tote gebracht, aber keinerlei Lösung. Und so entstand ACUS: ganz ohne feste Organisation, mehr durch Treffen untereinander, mit Gemeindemitgliedern aus Alta Verapaz, der Costa Sur etc. Und irgendwann stellte sich die Frage, ob wir eine Organisation gründen wollen, und drei Monate später, am 29. Mai 2007, entstand offiziell ACUS.

### **Wo und wie arbeitet ACUS?**

Wir sind fast im ganzen Land vertreten: Chiquimula, Zacapa, Izabal, Alta Verapaz, Jalapa, Escuintla, Huehuetenango, Retalhuleu, San Marcos, Sololá. Nach und nach sind wir gewachsen, aber nicht weil wir nach den Gemeinden suchen. Diese kommen zu uns, weil sie von uns gehört haben und weil wir allen Fragen und Themen gegenüber offen sind. Insgesamt gibt es sieben Koordinationen, die je in einer Region ihren Sitz haben und für die Projekte dieser Region verantwortlich sind, wie z.B. die Kreditsuche. Ich als Hauptkoordinator bin in der Hauptstadt, wo wir unser Büro haben und uns zu Besprechungen treffen. Neben unseren eigenen Basisgruppen besitzen wir verschiedene Alliierte wie Gewerkschaften oder die Amigos de la Paz. Mit diesen arbeiten wir zusammen, wenn wir Aktionen wie z.B. Demonstrationen durchführen wollen.

### **Was ist der Unterschied zwischen ACUS und anderen BäuerInnenorganisationen?**

ACUS unterscheidet sich von den traditionellen Bewegungen, da wir uns mehr einer progressiven Tendenz verschreiben, deren Grundlage die ländliche Entwicklung ist. Wir zielen darauf ab, die Menschen zu vereinigen, im Kollektiv zusammen zu arbeiten und durch soziale und humane Transformation eine integrale ländliche Entwicklung zu fördern, womit wir uns wieder mehr den politischen Wurzeln der BäuerInnenorganisationen der 80er Jahre nähern. Wir versprechen uns Erfolg durch den Dialog mit den staatlichen Institutionen. Natürlich sind auch öffentliche Aktionen wie Demonstrationen und Landbesetzungen etc. notwendig. Aber wir reden nicht so viel von Politik, auch aus Sicherheitsgründen, sondern wir machen Politik, und vor allem suchen wir den Dialog. Anfänglich entstand ACUS als Vereinigung von nur 12 Gemeinden, die in etwa 1800 Familien umfassten. Aber als ACUS wuchs und an Einfluss zunahm, nahm uns auch irgendwann die Regierung ernst und begann Gespräche mit uns zu führen. Ebenfalls ist ACUS Teil der *Bewegung sozialer Organisationen Guatemalas*

MOSGUA, die neben der *Allianz für eine integrale ländliche Entwicklung* ADRI eine der zwei grossen von der Regierung anerkannten BäuerInnenbewegungen darstellt.

Neben dem Problem, dass man sich Leuten und Gruppen entgegenstellen muss, die mit Drogenhändlern kooperieren und politische Macht besitzen, erschwert die Tatsache unsere Arbeit, dass wir mit wenig finanzieller und solidarischer Unterstützung auskommen müssen. Aber wir alle in ACUS tun, was wir können, obwohl andere BäuerInnenorganisationen darauf gewettet haben, dass ACUS nicht überleben wird – indem sie mich verleumdet und uns die Türen zu finanzieller Unterstützung verschlossen haben.

Am Anfang sagte man uns nach, dass wir mit der Regierung und den grossen Firmen zusammenarbeiten würden. Aber was ich in Wirklichkeit tat, war die Regierung um Unterstützung zu bitten. Mir blieb keine andere Wahl, als mit der Staatsanwaltschaft zu reden oder dem Landwirtschaftssekretariat, und diese haben uns zumindest zugehört. Das bedeutet aber nicht, dass ich die KameradInnen verraten und Geld eingesteckt habe. Im Gegenteil, ich habe Wege eröffnet, damit die KameradInnen einen leichteren Zugang zu Verhandlungen mit der Regierung haben. Die Strategie hat funktioniert und den Gemeinden Erfolge gebracht. Was wir verteidigen, ist die Regierbarkeit. Wir können nicht erlauben, dass wegen der überholten Politik der traditionellen Organisationen, die sich wirklich an den Unternehmensverband CACIF verkauft haben, Menschen sterben müssen, nur um so den Präsidenten zu verunglimpfen und einen Staatsstreich zu provozieren. Wir glauben nicht, dass ein Staatsstreich sinnvoll für Guatemala wäre. Hinterher würden wir schlimmer dastehen als jetzt, denn wir würden in die Hände jener fallen, die eine ländliche Entwicklung nicht erlauben. Aber nicht den Präsidenten verteidigen wir, sondern die Regierbarkeit.

### **An welchen Projekten arbeitet ACUS?**

Unser Hauptziel ist, eine sich selbst tragende Bewegung aufzubauen. Dazu gehört die Produktion von organischem Blattdünger, welcher die Pflanzen und die Umwelt nicht schädigt. Seit einigen Jahren besitzen wir diese Produktions- und Anwendungserfahrung mit diesem Dünger – zu einem übrigens billigerem Preis als der subventionierte Kunstdünger. Nun versuchen wir, ihn patentieren zu lassen und unsere eigene Firma zu gründen. Dies soll uns ermöglichen, die Organisation voranzutreiben. Unser Traum ist es, eine Firma aufzubauen, die in der Lage ist, Kredite zu vergeben und die Ernte der KleinproduzentInnen untereinander direkt und zu rechtem Preis zu vermarkten.

In diesem Zusammenhang versuchen wir auch, nicht nur traditionell Mais und Bohnen zu kultivieren, sondern andere Varietäten, die eine umfassendere Hilfe für die Familien darstellen. Bisher haben wir gute Erfolge damit erzielt. In Gemeinden, wo vorher Hunger herrschte und Kinder unterernährt waren, ist dies jetzt nicht mehr der Fall. Der erste Schritt ist dabei, die Ideologie der AnführerInnen zu verändern, damit diese die Familien unterstützen, um bestimmte neue nahrhafte Produkte zu pflanzen und im Kollektiv zusammen zu arbeiten. Gleichzeitig haben wir das Gesundheitsministerium angesprochen, damit die Kinder alle drei Monate medizinisch gecheckt werden. Und wirklich, man kann den Unterschied zu vorher sehen. Selbst in Gemeinden, die im so genannten trockenen Korridor liegen, einem Gebiet, das stark von der Trockenheit des Vorjahrs betroffen war, gab es keinen Hunger.

Diese Veränderung ist darauf zurück zu führen, dass die Gemeinden durch uns gelernt haben, zu arbeiten, und zwar kollektiv. Der Unterschied, den wir bewirkt haben, besteht einerseits darin, das anzunehmen, was der Staat an Unterstützung gibt, und andererseits, untereinander solidarisch zu sein und zusammen zu arbeiten. Es kann keine Entwicklung geben, wenn die Menschen faul herumliegen und auf Sozialunterstützung warten. Besser, die Regierung gibt 120.000 Quetzales für ein Projekt aus, als Lebensmittel im Wert von 300Q monatlich zu verschenken.

In diesem Sinne besteht ein konkretes Projekt darin, Fruchtbaumplantagen in zwei Gemeinden anzulegen. Wir sind dabei, die Jungbäume zu kaufen und zu pflanzen, und teilweise haben wir die bevorstehende Ernte schon verkauft. Unsere Idee ist es, alles selbst in die Hand zu nehmen: vom Anbau, der Pflege und der Ernte bis über den Transport und den Verkauf. Denn wenn dies über die Zwischenhändler läuft, werden diese mindestens 50% vom Gewinn verlangen.

Wir fangen klein an, dieses Jahr in nur zwei Fincas mit dem Ziel, im Folgejahr langsam die Projekte auszubreiten. Denn vor dem eigentlichen Projektbeginn müssen die Gemeinden geschult werden, damit sie die Projekte selbst entwickeln und umsetzen können. Leider haben wir nicht die finanziellen Möglichkeiten, um dies in mehreren Gemeinden gleichzeitig zu tun. Ein weiteres Problem ist, dass wir technische Unterstützung brauchen, um die Gemeinden im Anbau und in der Projekterstellung auszubilden. Aktuell sind wir dabei, mit einer Stiftung zu verhandeln.

So hoffen wir, dass nach zwei Jahren die Gemeinden unabhängig arbeiten können. Wie gesagt, die erste Phase beinhaltet die sogenannte soziale Entwicklung der Gemeinden, d.h. ihnen unsere Idee näher zu bringen und sich der ländlichen Entwicklung und nicht dem Radikalismus zu verschreiben. Die zweite Phase ist die konkrete Planung von Projekten: was soll wo angebaut werden. Die dritte Phase besteht in dem Finden von Finanzierung und technischer Unterstützung, um die geplanten Projekte umzusetzen. Und genau da sind wir jetzt angelangt. Bis Ende 2011 müssten wir also die ersten Früchte unserer Arbeit ernten können.

## **Wie geht ACUS mit der Bedrohung von Gemeinden und der Kriminalisierung von GemeindeführerInnen um?**

Nun, wir kämpfen für das, woran wir glauben, und AnwältInnen können wir nur für das Nötigste bezahlen. Laut Gesetz bekommt man keine Informationen, wenn man nicht Anwalt ist. Durch Gespräche und Beziehungen habe ich es geschafft, einen Draht zu der Staatsanwaltschaft aufzubauen, was uns weiterhilft. In einigen Fällen tun wir uns mit anderen Menschenrechtsorganisationen zusammen wie im Fall von Israel Carias, der in Zacapa ermordet wurde. Dadurch konnte ein Anwalt bezahlt werden, der Mordfall kam vor Gericht, und letztendlich wurde der Haupttäter zu 75 Jahren Haftstrafe verurteilt. Das Novum bei diesem Gerichtsurteil ist, dass die Staatsanwaltschaft aufgefordert wurde, nach den intellektuellen Hintermännern zu suchen.

Aber ja, wir riskieren unsere Leben wie z.B. der Kamerad Willy Morales, der letztes Jahr in Zacapa ermordet wurde. Auch andere AnführerInnen, mich eingeschlossen, wurden verfolgt, bedroht oder kriminalisiert und verhaftet. Wenn dies passiert, erstatten wir Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Für viele bedeutet das nicht viel, aber für uns schon, denn es zeigt unsere Kapazitäten. Es zeigt, dass wir Dinge tun, die andere Organisationen, die über einen Anwalt verfügen, nicht tun und deren KameradInnen Monate oder Jahre vergessen im Gefängnis verbringen, ohne dass jemand sich darüber Gedanken macht.

Ein anderes Thema, das wir bearbeiten, sind die Zwangsräumungen und Vertreibungen von Gemeinden. Im Gegensatz zu anderen Organisationen sind die Koordinatoren von ACUS vor Ort präsent, um die Gemeinden direkt zu unterstützen. Auch verhandeln wir mit dem Staat, um Land legal zu bekommen oder zumindest zu legalisieren. Ein Beispiel ist Zacapa und die Finca Los Achiotos: nach 40 Jahren Kampf sind wir nun in der Endphase angelangt. Erst als ACUS den Fall übernahm, wurden Überprüfungen des Landkatasters eingeleitet, und es stellte sich heraus, dass das betroffene Landstück in nationalem Besitz ist. Ein Teil davon wird jetzt die Gemeinde Los Achiotos offiziell erhalten. Das Problem in diesem und anderen Fällen sind die Macht- und Interessensspiele von Finqueros und Drogenhändler, die mitmischen und Gemeinden und AnführerInnen kaufen. In Los Achiotos kostete dies das Leben von Israel Carias.

Neben weiteren Fällen in Zacapa (die Fincas Nueva Alianza und Las Nubes) vertreten wir auch Gemeinden mit Landkonflikten in Alta Verapaz, in Retalhuleu etc. Was uns dabei am meisten interessiert, ist die Sicherheit der Gemeinden, der Menschen. Deshalb reden wir mit den Autoritäten, damit die Gemeinden nicht mit Gewalt geräumt werden. Viele lassen sich entmutigen, da sie Angst vor Repression oder Gefängnisstrafe haben. Auch kosten die Nachforschungen über die realen Landbesitzverhältnisse und die gerichtliche Regulierung der Papiere ebenso wie die Freilassung von verhafteten KameradInnen viel Geld – was viele Gemeinden nicht besitzen.

## **Welche Unterstützung erhält ACUS und was könnte man von internationaler Seite aus beitragen?**

Hier in der Hauptstadt habe ich so gut wie keine Unterstützung. Man kann niemandem wirklich Vertrauen schenken, da Informationen sofort ausgeplaudert werden. Auch ist man sich unter den verschiedenen BäuerInnenbewegungen uneinig. Dazu kommt noch der fehlende Wille der Regierungsinstitutionen, diese oder jene Forderung der BäuerInnenbewegungen umzusetzen. Mit einigen Dingen bin ich einverstanden, aber mit anderen nicht und schon gar nicht, dass meine KameradInnen weiterhin wie Sklaven leben müssen.

Die Unterstützung, die wir von wenigen solidarischen Menschen aus Deutschland bekommen, nützt uns sehr viel und ist unabdingbar notwendig: um unsere Telefonrechnung zu bezahlen, das Büro weiter zu erhalten, um AnwältInnen für die Freilassung inhaftierter KameradInnen zu zahlen ... oder auch nur, um meinen Lebensunterhalt und den meiner Familie zu bestreiten. Dies ist sozusagen die Grundlage für die Verwirklichung unserer Vorhaben und Ziele. Für die erfolgreiche Durchführung unserer produktiven Projekte benötigen wir z.B. einen Pickup und ein oder zwei Laster – damit wir die Ernte selber transportieren und bis zu den KäuferInnen bringen können und nicht von Zwischenhändlern ausgenommen werden; um gewissermassen autonom zu sein. Die LKWs müssen ja auch nicht neu sein, wenn man so etwas über Kontakte bekommen könnte ... vielleicht nicht unbedingt aus Deutschland eingeschifft ... Einen Teil des Fonds bekommen wir durch den Verkauf unseres eigenen Düngers zusammen. Auch wollen wir nicht, dass man uns alles schenkt, denn wenn man nicht dafür arbeitet, dann weiss man es nicht zu schätzen und gibt sich keine Mühe, um es zu erhalten.

Wir sind am Kämpfen und Überleben und hoffen dabei auf eine bessere Zukunft für die Landbevölkerung Guatemalas. Klar, freuen würden wir uns über jegliche Form der Unterstützung aus Deutschland, und insofern bedanke ich mich ganz herzlich für Ihr gezeigtes Interesse an ACUS. Bitte richten Sie unseren besten Dank an die solidarischen Menschen von dort aus und meine herzlichen Grüsse.

## MenschenrechtsverteidigerInnen weiterhin bedroht

**Guatemala, 10. Okt.** Die Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen ist auch im Jahr 2010 besorgniserregend. Von Januar bis August wurden 215 AktivistInnen bedroht, zwei entführt und sechs ermordet. Das ist das Ergebnis des jährlichen Berichtes der *Einheit für den Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen* (UDEFEQUA). Auch wenn diese Zahlen eine leichte Senkung gegenüber den 278 in der gleichen Periode des Jahres 2009 registrierten Fälle sind, so lässt sich im Hinblick auf das vorletzte Trimester dieses Jahres eine Erhöhung feststellen. In der Zeit von Juni bis August wurden 127 Fälle registriert, im entsprechenden Vorjahreszeitraum waren es 'nur' 83. Fast die Hälfte der Bedrohten waren Frauenrechtlerinnen, 17 UmweltaktivistInnen, 15 GewerkschafterInnen, 6 JournalistInnen. Die häufigste Form der Bedrohungen waren Drohbriefe. Die Studie der UDEFEQUA berichtet, dass 154 Bedrohungen in der Hauptstadt stattgefunden haben, 13 in Quiché und je 9 in San Marcos und Sololá.

Die Koordinatorin der UDEFEQUA, Claudia Samayoa, bemerkte: "Leider hat sich die Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen in den letzten drei Monaten stark verschlechtert. Das liegt daran, dass die organisierte Kriminalität ihr Gewaltniveau erhöht hat." Die Aktivistin erinnerte an die Ermordung von Lisandro Guarcax, der mit Folterspuren am Körper am 26. August in Sololá aufgefunden wurde. Er war spiritueller Führer der Kaqchikel und erforschte die prähispanische Kultur. "Dies ist ein eindeutiger Fall von Gewalt gegen einen Menschenrechtsverteidiger", sagte Samayoa.

Mario Polanco, Direktor der Gruppe gegenseitiger Hilfe GAM erklärte, dass die Bedrohungen der MenschenrechtsverteidigerInnen immer selektiver durchgeführt werden. "Man sieht, dass jene Personen, die öffentlich Korruptionsfälle oder andere Missstände anprangern, sofort bedroht werden. Das ist besorgniserregend, weil es ein Rückschritt in der demokratischen Entwicklung des Landes aufzeigt."

Um Drohungen gegen MenschenrechtsverteidigerInnen besser untersuchen zu können, hat der Innenminister eine spezielle Abteilung innerhalb der Kriminalpolizei eingerichtet, die aus 10 PolizeiagentInnen besteht. "Ihre Aufgabe ist es, alle Formen der Bedrohungen und Aggressionen zu verfolgen. Sie koordiniert ihre Arbeit mit dem Menschenrechtsprokurator und der Staatsanwaltschaft", erklärte Nery Morales, Sprecher des Innenministeriums. Gemäss Claudia Samayoa ist auch die UDEFEQUA sehr zufrieden mit der Arbeit dieser Abteilung.

Gleichzeitig wurde von der Legislative das Dekret 40-2010 verabschiedet, das eine Spezialkommission zur Folterprävention einrichtet, deren Aufgabe ist, gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft die Situation von Angeklagten und Strafgefangenen zu erkunden und Vorschläge zu erarbeiten, die deren Situation verbessern. Der Mechanismus der Folterprävention werde durch das Nationale Büro für die Prävention der Folter und anderer grausamer, unmenschlicher und diskriminierenden Strafen und Behandlungen ausgeführt, ein Kollegialorgan, das vom Kongress verwaltet wird und keiner Organisation, Institution oder FunktionärInnen untergeordnet sein soll. Das Büro hat folgende konkrete Aufgaben: periodisch die Behandlung und Haftbedingungen der Gefangenen in allen staatlichen und privaten Haftanstalten mit dem Ziel zu untersuchen, diese vor Folter und anderen grausamen, unmenschlichen und diskriminierenden Strafen und Behandlungsmethoden zu schützen. Gewählt werden die Mitglieder der neuen Institution vom Menschenrechtsausschuss des Kongresses.

Es stellt sich allerdings die Frage, ob die Anbindung der Folterprävention an den Kongress gut ist angesichts der Tatsache, dass viele Kongressmitglieder Formen unmenschlicher Strafen (etwa Todesstrafe) offen befürworten (siehe Artikel "Justizreformen statt Repression"). Besser wäre es möglicherweise gewesen, diese Institution innerhalb des Menschenrechtsprokurats einzurichten. Ob diese neue Institution ein Papiertiger sein wird oder aber ein wirklicher und nachhaltiger Schritt zur Folterprävention, wird die Zukunft zeigen.

## Wieder wurden drei Gewerkschafter ermordet

**Guatemala, 2. Okt.** Gewerkschaften und AktivistInnen der *Nationalen Kampffront* (FNL) verurteilten in einer Presseerklärung die Ermordung von drei Gewerkschaftsführern Ende September 2010: sie hätten den Kampf für ihre Rechte mit dem Leben bezahlt. Es handelt sich um Fredy Geovani López Caal, David Pineda Barahona und Carlos Enrique Méndez Ramírez, allesamt aktive Mitglieder der *Nationalen Gewerkschaft der GesundheitsarbeiterInnen* (SNTSG). López Caal wurde am 27. September gegen 22 Uhr in Melchor de Mencos, Petén, erschossen, Pineda Barahona wurde am 29. September gegen 19 Uhr in San Benito, ebenfalls Department Petén, getötet. Méndez Ramírez, der an der hauptstädtischen Klinik Federico Mora arbeitete, wurde am 30. September von Personen aus einem entgegenkommenden Fahrzeug mit getönten Scheiben erschossen. Bereits im August 2010, Mai 2009 und Dezember 2008 wurden Bruno Ernesto Figueroa, Sergio Miguel Garcia und Licinio Trujillo, Aktivisten der Gewerkschaft der Beschäftigten im Gesundheitswesen, ermordet, im Juli 2010

wurde in Retaluheu Dr. Roger Geovany Ramírez Avila angegriffen und schwer verletzt. Es muss folglich von einem gezielten und geplanten Vorgehen gegen die Gewerkschaft ausgegangen werden.

SNTSG wurde vor zehn Jahren gegründet und hat mehrere Vereinbarungen über die Rechte der Beschäftigten des öffentlichen Gesundheitswesens mit dem Gesundheitsministerium getroffen. Sie engagiert sich gegen Korruption, gegen die Einfuhr von US-amerikanischen transgenen Medikamenten und für die AIDS-Prävention. Zudem arbeitet sie in Kooperation mit der FNL sowie der *Bewegung der Gewerkschaften, Indigenas und Campesino* (MSICG) für eine massive Erhöhung der Investitionen in eine für alle GuatemalteKInnen zugängliche Gesundheitsversorgung. Mit verschiedenen anderen sozialen Bewegungen kämpft sie auch gegen das Zementwerk in San Juan Saquatepequez und dessen Folgen (z.B. die Militarisierung).

Es gibt also viele möglichen Motive für die Morde, wobei die Konzentration auf den Petén auf speziell dort vorhandene Konflikte schliessen lässt. In einem Protestbrief an die guatemalteKischen Autoritäten hat der *International Gewerkschaftsbund* (CSI) seine Solidarität mit denen bekundet, die von der Regierung eine Aufklärung dieser Verbrechen und anderer Aktivitäten gegen die Gewerkschaftsfreiheit verlangen. Im Schreiben verwiesen der deutsche DGB-Vorsitzende und Präsident der CSI, Michael Sommer, und die australische CSI-Generalsekretärin, Sharan Burrow, auf die Konventionen der ILO, die Guatemala als Untereichnerstaat respektieren müsse. Es müsse gewährleistet sein, dass GewerkschafterInnen sich für die Rechte der Beschäftigten einsetzen können, ohne um ihr Leben fürchten zu müssen.

## Justizreformen statt Repression!

**Guatemala, 14. Okt.** In einer Pressemitteilung zeigten sich Mitglieder des Forums der auf das Thema Sicherheit spezialisierten Organisationen (FOSS) darüber besorgt, dass die derzeitigen Diskussionen und Gesetzesvorlagen, die sich mit der inneren Sicherheit befassen, den Problemen nicht gerecht werden. In der politischen Diskussionen werde repressiven, restriktiven und autoritären Massnahmen die erste Priorität gegeben statt jenen Aspekten, die zu einer durchgreifenden und nachhaltigen Förderung des Sicherheits- und Justizsystems in Guatemala beitragen könnten.

Fest machen die AktivistInnen und WissenschaftlerInnen diese Einschätzung an den folgenden von mindestens drei Parlamentsfraktionen öffentlich geäußerten Forderungen:

- die Anwendung der Todesstrafe in Form öffentlicher Erschiessungen,
- die Einrichtung von Sondergerichten mit "anonymen RichterInnen, StaatsanwältInnen und ProzesszeugInnen",
- die Stigmatisierung von Jugendlichen aufgrund ihres äusseren Erscheinungsbildes und nicht aufgrund von begangenen Verbrechen,
- die Einrichtung einer Sicherheitsgarde, die mit einem totalitären Anspruch Funktionen der Verteidigung, der inneren Sicherheit, des Geheimdienstes und der Strafverfolgung in ein und derselben, demokratisch nicht kontrollierten, Institution vereint.

Diese Forderungen stellen die Prinzipien des interamerikanischen Menschenrechtsschutzes (Pakt von San José) in Frage. Sie widersprechen zudem grundlegenden Artikeln der guatemalteKischen Verfassung und verletzen alle demokratische Errungenschaften und die BürgerInnenrechte. Kurz: sie erinnern an die dunkelsten Kapitel der Geschichte und sind nicht im entferntesten geeignet, irgend ein sicherheitspolitisches Problem zu lösen.

Stattdessen fordert FOSS von den drei staatlichen Mächten, der Staatsanwaltschaft sowie den Unterzeichnern der Nationalen Vereinbarung für den Fortschritt bei Sicherheit und Gerechtigkeit, ihre Anstrengungen auf die folgende Ziele zu richten:

- a) in Kürze Gesetzesinitiativen zu verabschieden, die den Rechtsstaat stärken, die Menschen- und Verfassungsrechte respektieren, die Themen angehen wie u.a. den Einzug von illegal erworbenen Besitztümern, Regulierungen bei den Privaten Sicherheitsdiensten, Veränderungen bei den Bestimmungen über die Aufgaben der Staatsanwaltschaft, das Rahmengesetz für Geheimdienste und andere Initiativen, die von der CICIG bereits vor einem Jahr als prioritär eingestuft wurden.
- b) rechtliche Normen zu etablieren, z.B. das Rahmengesetz des Nationalen Sicherheitssystems, das Gesetz zu Waffen und Munitionen, das Gesetz über das Strafverfolgungssystem, das Gesetz zur Förderung der Strafgerichtsbarkeit, das Gesetz gegen das Organisierte Verbrechen; diese müssen durch klare Umsetzungsbestimmungen in die Praxis überführt werden.
- c) fortzufahren mit den Initiativen der Nationalen Sicherheitspolizei und der Kriminalpolizei, etwa in der Reform des Sicherheitssektors, einschliesslich der Nationalen Zivilpolizei, damit sich die Strukturen der staatlichen Sicherheitskräfte wahrhaftig und nachhaltig verändern und nicht je nach Wahlperiode unterschiedlich mit Ressourcen ausgestattet werden.

Derweil steht eines der vom FOSS geforderten Gesetze, nämlich das über den Einzug illegal erworbenen Eigentums, kurz vor einer Verabschiedung in dritter Lesung. Der Gesetzentwurf, der in möglichst breitem Konsens erarbeitet werden soll, ermöglicht es dem Staat, Eigentum von Drogenhändlern und Mitgliedern der

Organisierten Kriminalität zu beschlagnahmen. Am 22. Oktober soll der Prozess abgeschlossen sein, so Kongressmitglied Mariano Rayo vom Partido Unionista (PU).

## **Ex-Innenminister Viemann in Spanien verhaftet**

**Guatemala/Madrid, 14. Okt.** Der Ex-Innenminister unter der Regierung von Oscar Berger, Carlos Viemann, wurde am 13. Oktober in Madrid verhaftet und dem spanischen Richter Santiago Pedraz vorgeführt. Viemann wird beschuldigt, in den Jahren 2005 und 2006 für die extralegale Exekution von insgesamt 10 Häftlingen in den Gefängnissen El Infiernito und El Pavon verantwortlich zu sein. Nebst Viemann wurden von der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala CICIG weitere 18 Personen identifiziert (unter anderem der damalige Gefängnisdirektor Alejandro Giammatei), die einer kriminellen Struktur angehören, die sich auf die Ermordung verschiedener Häftlinge, aber auch auf Geldwäsche, Entführungen, Erpressungen, Drogenhandel etc. spezialisierte. Weitere prominente Mitglieder dieser Struktur sind Erwin Sperisen, Ex-Direktor der Nationalen Polizei PNC, Javier Figueroa, ehemaliger stellvertretender Ermittlungsleiter der Kriminalpolizei, sowie dessen Mitarbeiter Victor Soto. Gegen alle wurde Anfang August ein Haftbefehl ausgestellt, im Fall von Sperisen und Figueroa wurden diese jedoch noch nicht ausgeführt, da die beiden im Ausland sind (Sperisen in der Schweiz und Figueroa höchstwahrscheinlich in Österreich).

Viemann liess sofort nach seiner Verhaftung ein Inserat in den wichtigen Tageszeitungen schalten, in dem er beteuerte, er sei unschuldig, er sei nicht auf der Flucht vor der guatemaltekischen Justiz, sein Aufenthalt in Spanien habe familiäre Gründe, und er habe auch nie eine Vorladung bekommen, sich in Guatemala der Justiz zu stellen. Auch sei er bereit, sich einem Prozess zu stellen unter der Bedingung, dass seine Sicherheit gewährleistet sei und ein solcher Prozess „gerecht und unparteilich“ geführt werde. Seine Verhaftung bezeichnete er als „einen politischen und medialen Racheakt gegen jene Ex-Funktionäre, welche die Sicherheit in den wichtigsten Gefängnissen Guatemalas wiederhergestellt haben“.

Die Anschuldigungen gegen Viemann und andere Funktionäre des Innenministeriums sind nichts Neues. Bereits Otto Pérez Molina, ehemaliger Sicherheitsbeauftragter von Ex-Präsident Berger, sprach im Zusammenhang mit der Ermordung von drei salvadorianischen PARLACEN-Abgeordneten in Guatemala davon, dass es innerhalb der Institution Todesschwadronen gäbe, die im Auftrag des Innenministers bzw. des Polizeidirektors handelten. Auch der millionenschwere Raub im Flughafen La Aurora kurz nach der Ermordung der Gefangenen im Pavón wird mit Viemann, Sperisen und deren Leute in Verbindung gebracht.

Die Frage ist nun, ob Viemann nach Guatemala ausgeliefert wird. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und der Zusammenschluss guatemaltekischer Menschenrechtsorganisationen fordern dies, nicht zuletzt weil es noch andere Anschuldigungen gegen ihn gibt wie zum Beispiel die Ermordung von sieben Campesinos bei der gewaltsamen Räumung der Finca Nueva Linda im August 2004 (siehe ¡Fijáte! 318) – auch in diesen Fall ist Sperisen als damaliger Polizeichef involviert. Die Organisationen fordern auch von Österreich, den aufenthaltsrechtlichen Status von Figueroa zu klären, damit die entsprechenden juristischen Schritte eingeleitet werden können.

Der guatemaltekische Anwalt von Viemann, Francisco Palomo, meinte gegenüber der Presse, es sei ihm egal, wo der Prozess gegen Viemann geführt werde, seinetwegen auch auf dem Mond, er könne überall die Unschuld seines Mandanten beweisen. Allerdings befürchtet er, dass ein Prozess in Guatemala politisch beeinflusst sein könnte. In Spanien wird der Ex-Minister von Anwalt Enrique Molina verteidigt, der u.a. auch den spanischen Untersuchungsrichter Balthazar Garzón, der ein Verfahren wegen Rechtsbeugung am Hals hat, zu seinen Klienten zählt.

Auch sonst bekommt Viemann prominente Rückendeckung. So haben der ehemalige Präsident Oscar Berger und sein damaliger Vize Eduardo Stein an den Leiter der CICIG Francisco Dall’Anese einen Brief geschrieben, in dem sie sich hinter Viemann stellen und betonen, dass es sich bei dem Sturm auf El Pavón nicht um eine überstürzte Aktion eines Untergebenen gehandelt habe, sondern um eine gut überlegte und geplante Angelegenheit. Der genaue Inhalt des Schreibens ist nicht bekannt, ebenso unterliegt die Antwort Dall’Aneses grösster Geheimhaltung. In einem Interview mit der Tageszeitung elPeriódico sagte Stein jedoch, dass er nicht zur Gänze zufrieden sei mit der Antwort.

## **Menschenversuche gestern und heute**

**Guatemala, 14. Okt.** Gemäss Zahlen, die das Zentrum für Kontrolle und Prävention von Krankheiten des US-amerikanischen Gesundheitsdienstes unterdessen veröffentlicht hat, wurden 21.5% der Menschen, die vor über

sechzig Jahren in Guatemala absichtlich mit Geschlechtskrankheiten angesteckt worden sind (siehe ¡Fijáte! 470), nicht behandelt.

Von den 427 Personen, die mit Syphilis infiziert wurden, erhielten nur 86% eine „angemessene“ Behandlung, 14 % wurden gar nicht behandelt. Von den 234 Personen, die mit Gonorrhöe infiziert wurden, bekamen 99.5% eine Behandlung mit Penicillin. Weitere 142 Personen wurden mit dem „Weichen Schanker“ (Ulcus molle) infiziert, von denen 7% keine Behandlung bekam. Insgesamt wurden 1610 Personen für diese Versuche missbraucht, 71 starben dabei. Offiziell sollen die Versuche im Jahr 1948 abgebrochen worden sein, offenbar wurden aber noch bis 1950 Laborversuche und Beobachtungen weitergeführt.

Die guatemaltekeische Zeitschrift La Revista (15.10.2010) zog eine Parallele dieser Versuche aus den 40er Jahren des letzten Jahrhunderts mit dem Umgang mit der als Schweinegrippe bekannt gewordenen Grippe H1N1: Millionen von Menschen haben sich letztes Jahr weltweit gegen diese Grippe impfen lassen - obwohl der Impfstoff unter beschleunigten Verfahren zugelassen wurde und erst sehr wenig über Nebenwirkungen oder Langzeitfolgen bekannt war.

## ¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

### Redaktion:

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

Barbara Müller – [barbara-m@bluewin.ch](mailto:barbara-m@bluewin.ch)

Wiebke Schramm – [wibsca@gmail.com](mailto:wibsca@gmail.com)

**Erscheint vierzehntäglich**

**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht**

### Herausgegeben von

Schweiz:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

### Abos:

¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

[barbara-m@bluewin.ch](mailto:barbara-m@bluewin.ch)

E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!

Christian Hagmann

Am Bahnhof 6

78315 Radolfzell

[fijate@web.de](mailto:fijate@web.de)

E-Mail-Abo: Euro 50.-